
Jenseits der Pandemie **Öffentliche Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft 2021**

Online-Tagung, 22. Februar 2021

Bericht von Stephani Streloke, Bonn

Die diesjährige Jahreshauptversammlung war ein absolutes Novum: Aufgrund der Corona-Pandemie fand sie rein digital statt. Trotzdem gelang es Manuel Sarrazin, MdB und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, durch seine Moderation eine recht persönliche Atmosphäre herzustellen.

Begrüßung / Eröffnung

Die Veranstaltung startete mit einem Video-Film, welcher über die Auswirkungen der Pandemie in Südosteuropa berichtete. In seiner anschließenden, vorab aufgezeichneten Begrüßung berichtete *Manuel Sarrazin*, dass auch die Südosteuropa-Gesellschaft durch die Pandemie gezwungen worden sei, digitaler zu werden. Dies sei aber in kürzester Zeit und mit sehr überschaubaren Ressourcen gelungen. Sein Dank dafür ging an das Team der Geschäftsstelle, welches dies möglich gemacht habe. Vor allem aber begrüßte Sarrazin die diesjährigen Preisträger*innen.

Wie der eingangs gezeigte Film angedeutet habe, so *Sarrazin*, sei das letzte Jahr außergewöhnlich gewesen. Die Pandemie sei für alle Menschen prägend, nicht nur auf unserem Kontinent. Auch die Tätigkeit der SOG im Jahr 2020 sei durch Corona bestimmt gewesen. Die SOG bringe Menschen zusammen, und das schaffe man eigentlich nur in der persönlichen Begegnung, sagte Sarrazin. Um so erstaunli-

cher sei es, dass viele der vor einem Jahr vom damaligen Vorsitzenden der SOG, Gernot Erler, angekündigten Veranstaltungen tatsächlich hätten stattfinden können, wenn auch in anderer Form.

17 Veranstaltungen, online oder in hybrider Form, seien durchgeführt worden. Dialog konnte stattfinden, aktuelle Entwicklungen wurden nachempfunden, und es wurde über sie berichtet. Neue Kanäle der Kommunikation wurden geschaffen. So richtete die SOG einen eigenen YouTube-Kanal ein, auf dem ihre Veranstaltungen nachverfolgt werden können. Mitten in der Pandemie wurde außerdem die digitale Heimat der SOG erneuert, die Website. Neue Suchfunktionen und Schwerpunkte wurden eingerichtet, außerdem die Rubrik „Kontakte“ im Login-Bereich für Mitglieder. Auch die Südosteuropa Mitteilungen sind für Mitglieder jetzt in digitaler Form verfügbar.

Eine volldigitale Jahreshauptversammlung, so *Sarrazin*, könne einem wirklichen Dialog nicht gerecht werden. Er vermisse den Austausch beim Kaffee in den Pausen oder abends bei einem Getränk und hoffe, dass so bald wie möglich wieder ein persönlicher Austausch möglich sein wird. Doch dank der Vorarbeit vom Team der Geschäftsstelle und zahlreicher kreativer Ideen für diese Veranstaltung denke er, dass es interessant und kurzweilig werde. In

den nächsten Stunden werde auch über Klima- und Energiepolitik diskutiert, was durch die Pandemie in den Hintergrund getreten sei, aber dennoch weiter wichtig ist. Sarrazin bedankte sich außerdem für die hervorragende und vertrauensvolle Kooperation, die in den letzten Monaten und Jahren mit dem Auswärtigen Amt bestehe. „Wir spüren das Vertrauen“, sagte Sarrazin, „das ist für uns ein großer Rückenwind“.

Grußwort

Grüße vom Auswärtigen Amt überbrachte Botschafterin *Susanne Schütz*, die Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei, OSZE und Europarat im Auswärtigen Amt, Berlin. Sie wünschte allen Teilnehmer*innen ein erfolgreiches, gutes und besseres Jahr 2021. Für das Auswärtige Amt sei die SOG seit vielen Jahren ein enger und vertrauensvoller Partner. Hinter uns allen, sagte Schütz, liegt ein außergewöhnlich schwieriges Jahr. Das Virus kenne keine Grenzen, eine Bekämpfung könne nur gemeinsam erfolgreich sein. Die Länder des westlichen Balkans liegen inmitten Europas. So sei von Anfang an klar gewesen, dass die EU die Region unterstützen würde. Die Folgen der Pandemie für Wirtschaft und Gesellschaft seien langfristig. Rund 12 Milliarden Euro schwer sei das Unterstützungspaket der EU für den westlichen Balkan.

Die Länder hin zur Mitgliedschaft in der EU zu begleiten sei für die Region selbst, aber auch für die EU wichtig. Die Erklärung von Thessaloniki aus dem Jahr 2003 sei weiterhin gültig und ein Treiber für tiefgreifende Reformen und friedliches Zusammenleben. Es sei eine richtungsweisende Entscheidung gewesen, 2020 Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen. *Schütz* hätte die Gespräche dazu gern noch unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft aufgenommen und hofft, dass der Prozess trotz aller Hürden gelingt. *Schütz* begrüßte den im Sommer 2020 unter dem EU-Sondergesandten Miroslav Lajčák wieder aufgenommenen Normalisierungs-Dialog zwischen Serbien und Kosovo und hofft nach der aktuellen Regierungsbildung in Kosovo auf ein umfassendes Abkommen.

Fehlende Rechtsstaatlichkeit und fehlende Medienfreiheit sowie ein viel zu schleppender Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen seien oft Ursache für mangelnde wirtschaftliche Perspektiven in der Region, was die Abwanderung der Jugend zur Folge habe. Zu diesem Thema habe das Auswärtige Amt zusammen mit der SOG und dem Aspen-Institut 2020 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine vielbeachtete Konferenz durchgeführt.¹ *Susanne Schütz* sprach ihren Dank auch den heutigen Preisträger*innen aus. Deren Arbeit sei von zentraler Bedeutung für Kenntnis und Verständnis der Region Südosteuropa.

Verleihung der Förderpreise durch die Fritz und Helga Exner-Stiftung

Moderator *Manuel Sarrazin* sprach der Stiftung seinen Dank aus und dankte auch dem Präsidiumsmitglied der SOG, *Franz-Lothar Altman*, für seine Spende zur Aufstockung des Preisgeldes. Im Jahr 2020 gab es einen Rekord an Bewerbungen. Sarrazin freute sich, deshalb gleich drei Preise vergeben zu können, und gratulierte allen drei Preisträger*innen sehr herzlich: „Schade, dass wir Sie nicht auf die Bühne bitten und ihnen den herzlichen Applaus geben können, den sie für Ihre Arbeit verdient haben“, sagte er und betonte, wie schwierig die pandemiebedingte Lage für junge Wissenschaftler*innen sei, die dadurch in ihrer Forschung und beim Aufbau der unerlässlichen persönlichen Netzwerke stark eingeschränkt seien.

Sarrazin stellte die drei frisch promovierten Wissenschaftler*innen vor, danach kamen sie selbst zu Wort und berichteten in zuvor aufgezzeichneten kurzen Video-Spotlights von ihrer Forschung.

Dr. Janis Nalbadidacis hat an der Humboldt-Universität zu Berlin mit der Arbeit „In den Verliesen der Diktatur. Folterzentren während der Militärdiktaturen in Griechenland (1967–1974) und Argentinien (1976–1983)“ promoviert. Er ist aktuell als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. In sei-

1 Siehe den Bericht dazu in diesem Heft, S. 88–103

ner Arbeit beschäftigt er sich mit den Geschehnissen im April 1967 in Griechenland und im Jahr 1976 in Argentinien, als jeweils Militärregimes die Regierung absetzten. Nalbadidacis untersuchte vor allem den Aspekt von Folter unter den Militärs: Wie funktionierte das System der Gewalt, wie lässt es sich in den betrachteten Ländern vergleichen? Wie erlebten die Menschen die Misshandlung, wie erinnern sie sich heute daran?

Für seine Forschung hat Nalbadidacis zwei berühmte Folterzentren ausgewählt: Zum einen die ESMA (Escuela Superior de Mecánica de la Armada, eine Mechanikerschule der Marine) in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 war die Schule gleichzeitig ein Geheimgefängnis und das größte Folterzentrum des Landes. Zum anderen die Zentrale der Sicherheitspolizei, die sogenannte „Bouboulina“ in Athen.²

In seiner Arbeit beschreibt Nalbadidacis die Räumlichkeiten, die Arten der Folter, geschlechtsspezifische Umgangsweisen, die Interventionen von Menschenrechtsorganisationen und vieles mehr. Sein Fazit: Eine Steigerung der Angst ist durch Folter gewollt, nicht eine Steigerung des Schmerzes. Deshalb ist das Thema seiner Arbeit die Behauptung von Allmacht. Nalbadidacis dankte für den Preis und lud die Teilnehmer*innen der Veranstaltung ein, ihn gern für weitere Erkenntnisse zu kontaktieren oder auch einen Blick in sein Buch zu werfen.³

Dr. Elisa Satjukow hat an der Universität Leipzig mit der Arbeit „Die andere Seite der Intervention. Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999“ promoviert. Sie arbeitet dort aktuell als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ost- und Südosteuropäische Geschichte. Sie zeigte ein Foto der Ruine des ehemaligen jugoslawischen Verteidigungsministeriums in Belgrad, das Opfer der Bomben geworden war. Es wurde nie restauriert

und gilt heute in Serbien als die Ikone der Bombardierung. Bei Satjukows erstem Besuch in der Stadt machte der Taxifahrer extra einen Schlenker, um ihr das Gebäude zu zeigen. „That was you“, sagte er zu ihr. Sie hatte keine Bomben geworden, aber es ließ sie neugierig werden, und so entstand ihre Forschungsarbeit.

Bis heute wird viel über den noch immer sehr kontrovers betrachteten Militäreinsatz diskutiert. Satjukows Ansatz: Wie lassen sich die Erfahrungen der Bevölkerung in all ihrer Widersprüchlichkeit beschreiben? Sie wertete dafür Printmedien, aber auch persönliche Geschichten aus. Das Ergebnis: Die Bombardierung stellte für die serbische Gesellschaft eine zutiefst ambivalente Erfahrung dar. Einerseits war da Vertrauen in die Präzision europäischer Bomben: Sie würden schon keine Zivilisten treffen. Man sah sich dann aber doch mit Opfern konfrontiert und mit der Angst vor gesundheitlichen Schäden – niemand wusste, welche Substanzen in den Bomben waren.

Die Menschen in Serbien wussten zwar um die serbischen Verbrechen in Kosovo. Es war jedoch einfacher, sich nicht mit der eigenen Verantwortung auseinanderzusetzen. Viele sagten, sie hätten nichts mit dem Krieg in Kosovo zu tun. In Serbien lebt bis heute das Motiv der „heldenhaften Verteidigung gegen die NATO“. Am 24. März wird jährlich der Bombardierung gedacht. Präsident Aleksandar Vučić hat diesen Tag wieder als offiziellen staatlichen Gedenktag eingeführt. Auch Satjukow bedankte sich für ihren Preis und präsentierte das Buch, in welchem sie ihre Forschungsergebnisse publiziert hat.⁴

Dr. Visar Nonaj hat an der Universität Regensburg mit der Arbeit „Albaniens Schwerindustrie als zweite Befreiung? ‚Der Stahl der Partei‘ als Mikrokosmos des Kommunismus“ promoviert. Er arbeitet aktuell als Lehrer in Frankfurt am Main. Nonaj wurde hinter dem Eisernen Vorhang geboren und kam im Jahr 1993 nach

2 Laskarina Bouboulina (1771–1825) war eine Heldin des griechischen Befreiungskriegs.

3 Die Drucklegung der Dissertationsschrift ist in Vorbereitung und wird 2021 im Campus-Verlag in der Reihe „Eigene und Fremde Welten“ erscheinen.

4 *Elisa Satjukow, Die andere Seite der Intervention – Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999* (Histoire Bd. 162), transcript Verlag 2020.

Deutschland. Das Stahlwerk im albanischen Elbasan steht im Mittelpunkt seiner Arbeit. Er untersuchte die Arbeitsbedingungen und welche Auswirkungen sie auf die Einzelnen und auf die Gesellschaft hatten. Nonaj interessiert sich für politische Geschichte und beschloss deswegen, eine Geschichte des Stahl-Kombinats zu schreiben, eine Alltagsgeschichte mit wirtschaftshistorischen Aspekten.

Der Anspruch in kommunistischen Ländern war, keine Arbeitslosigkeit zuzulassen. Die kommunistischen Führer wollten nicht zugeben, dass der Bau des Kombinats in Elbasan wirtschaftlich gesehen ein Fehler war und haben es durch Subventionen künstlich am Leben erhalten. Die Arbeiter hatten einerseits Angst vor politischer Verfolgung, wenn sie ihre Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen publik machten, hatten andererseits aber Privilegien, die sie nicht verlieren wollten.

Nonaj untersuchte auch die Arbeitsmigration aus Albanien nach Frankfurt am Main. Für Studien wie seine, so sagte er, sei der Regensburger Studiengang für Ost- und Südosteuropa-Studien unentbehrlich. Er bedankte sich für den Förderpreis der Fritz und Helga Exner-Stiftung und wies darauf hin, dass das Buch mit seinen Forschungsergebnissen im Verlauf von 2021 erscheinen wird.⁵

Interview mit den Preisträger*innen

Dr. *Christian Hagemann*, Stellvertretender Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, gratulierte den frisch gebackenen Preisträger*innen. Er betonte, dass dieser Preis nur den Endpunkt eines langen Prozesses markiert. Das Wichtige sei doch, wie die Drei an diesen Punkt gelangt seien. Wie kamen sie zur Promotion, wie haben sie sich finanziert und wie haben sie dieses langfristige Vorhaben geplant?

Dr. *Elisa Satjukow* berichtete, dass sie den klassischen Weg einer Universitäts-Karriere gewählt habe: Zuerst studentische Hilfskraft, dann wissenschaftliche Mitarbeiterin mit einer halben Stelle, über die sie sich finanziert habe. Über den DAAD bekam sie zwei Kurzzeitstipendien für

Promovierende für ihre beiden Aufenthalte in Serbien. Sie nahm Teil an einem Doktoranden-Programm und machte erste Besuche in Archiven. Außerdem konnte sie über das Programm Kontakte zu anderen Wissenschaftler*innen knüpfen, die bereits zu einem Thema gearbeitet haben.

Das wichtigste sei, so *Satjukow*: Die Begeisterung am Thema darf nicht verlorengehen. Es dauere eine lange Zeit, bis am Ende die Veröffentlichung der Doktorarbeit als Buch stehe. Ihr habe die Tätigkeit als Hochschul-Lektorin geholfen, durchzuhalten. Außerdem habe sie Beiträge zu Tagungen vorbereitet. Zeitliche Strukturen seien hilfreich gewesen, Deadlines zum Beispiel. Bei ihrem Doktorvater, dem Leipziger Professor Dr. *Wolfgang Höpken*, wurden Klausurtagungen eingeführt, und das war gut: „Writing is Re-Writing“, so *Satjukow*. Man brauche etwas fertig Geschriebenes, über das man diskutieren könne und anhand dessen man eigene Thesen weiterentwickeln könne. Sie selbst habe eine SOE-Schreibgruppe ins Leben gerufen, in welcher die Beiträge bei Kaffee und Kuchen in ihrem Büro durchgesprochen worden seien.

Dr. *Visar Nonaj* bezeichnete seinen Weg hin zur Promotion als unüblich. Er hat Mittlere und Neuere Geschichte studiert, wusste aber nicht, dass es in München und Regensburg einen gesonderten Studiengang SOE gab. In Regensburg fand er einen Professor, der sich bereit erklärte, seine Arbeit anzunehmen. Finanziert wurde diese von der Thyssen-Stiftung. Seine Forschungsreisen wurden dagegen vom Regensburger Institut finanziert.

Eine Promotion könne phasenweise gefährdet sein, sagte *Nonaj*. Prokrastination – also Aufschieben – passiere vielen. Er selbst habe die Sorge gehabt, sich über bestimmte Aspekte seines Themas nicht genügend informiert zu haben und habe das Schreiben immer weiter vor sich hergeschoben. Über absolut alles könne man sich jedoch nicht informieren. Irgendwann müsse man Mut fassen und beginnen. Nonaj selbst half sein Ziel, nämlich zur albanischen

5 *Visar Nonaj*, Albanien als zweite Befreiung? – „Der Stahl der Partei“ als Mikrokosmos des Kommunismus, De Gruyter Oldenbourg, 2021.

Geschichtsforschung beizutragen.

Dr. *Janis Nalbadidacis* hat einen dritten Weg zur Promotion beschritten. Inhaltlich hat ihn folgendes geleitet, sagte er: Dass Menschen einander Gewalt antun, irritiere und verstöre ihn. Dies sei ein guter Ausgangspunkt für seine Forschung gewesen. Nach dem Master habe er kurz innegehalten und sich dann für eine Promotion entschieden. Er habe einen Individualantrag für ein Elsa-Neumann-Stipendium gestellt. Dieses habe ihm viele Freiheiten ermöglicht, darunter monatelange Forschungsaufenthalte in Griechenland und Argentinien, aber diese mussten auch mit viel Eigeninitiative organisiert werden. „Das wird ja ein spannendes Abenteuer“ habe sein Betreuer gesagt. Und das sei es dann auch geworden.

Nalbadidacis arbeitete bereits am Lateinamerika-Institut in Berlin und konnte sich mit Kolleg*innen zu seiner Promotion austauschen. Er ermunterte angehende Doktorand*innen zu viel Neugier und viel Mut. Durch die lange Phase seiner Doktorarbeit habe ihn getragen, dass er selbst Nachwuchs-Tagungen organisiert habe, darunter eine Veranstaltung im Rahmen des SOG-Nachwuchsprogramms. Auch seine Verbundenheit mit dem gewählten Thema habe ihn immer wieder motiviert. Die Folter unter den Militärregimes sei ein düsteres Kapitel. Er habe viele Interviews mit Betroffenen geführt und eine Verpflichtung gefühlt, daraus eine Doktorarbeit entstehen zu lassen.

Abschließend wollte *Christian Hagemann* wissen, was sich die drei Preisträger*innen des Förderpreises von der Auszeichnung versprechen und was der Preis für sie bedeutet. Dr. *Visar Nonaj* sagte, der Preis bestätige, dass sein Beitrag für die Forschung anerkannt und geschätzt werde. Er gelte auch für die Kolleginnen und Kollegen, die ihn unterstützt hätten. Das Preisgeld wird einen Teil der Druckkosten für sein aus der Promotion entstandenes Buch decken.

Dr. *Elisa Satjukow* dankte dafür, dass sie an Nachwuchskolloquien der Fritz und Helga Exner-Stiftung teilnehmen durfte. Auch ein Format wie dieses trage zur Kommunikation von Themen bei. Ihr Buch sei bereits auf Deutsch er-

schiene. Sie hoffe, dass der Preis ihr helfe, es ins Englische und Serbische übersetzen zu lassen. Dr. *Janis Nalbadidacis* bedankte sich noch einmal für den Preis und die dadurch erfolgte Anerkennung der geleisteten Arbeit. Er sieht in der Auszeichnung eine perspektivische Komponente, einen Vertrauenszuschuss für kommende Projekte.

Christian Hagemann zog als Fazit, dass Forschung ein gemeinsamer Prozess sein sollte, um die Motivation hochzuhalten. Die Forschenden selbst müssten für ihr Thema brennen und ein eigenes Interesse am Erkenntnisprozess haben. Arbeitsgruppen unterstützten sie bei diesem Prozess und Deadlines würden helfen, die Panik vom leeren Blatt zu vermeiden. Hagemann bedankte sich für das Gespräch und drückte seine Hoffnung aus, dass der Kontakt mit den drei Nachwuchswissenschaftler*innen, die auch Mitglieder der SOG sind, weiterhin so eng erhalten bleibt.

Verleihung der Konstantin-Jireček-Medaille für besondere Leistungen in der Südosteuropa-Forschung

Der Preisträger 2021 ist Ass.-Prof. Dr. *Vladimir Đurđević*, Jahrgang 1975. Er forscht und lehrt an der Universität Belgrad, an der Fakultät für Physik in der Gruppe für Meteorologie und Klimatologie. Đurđević ist einer der führenden Klimawissenschaftler aus Südosteuropa. Er forscht zur Klimamodellierung, zum Klimawandel, zur Risikoabschätzung und zur Klima-Adaptation. Er bringt sich regelmäßig mit Vorträgen und in den Medien zu Klimathemen ein (auch zur Energiewende auf dem Balkan, zum Thema Luftverschmutzung und zur öffentlichen Gesundheit). Er engagiert sich für Umweltschutz und wissenschaftsbasierte Aufklärung, auch für (Schul-)Kinder.

Đurđević ist Berater und Autor vieler Studien sowie klimapolitischer Strategiepläne für verschiedene südosteuropäische Staaten, beispielsweise im Kontext der „UN Framework Convention on Climate Change“. In seiner Preisverleihung würdigte *Manuel Sarrazin* den Preisträger Đurđević als herausragenden Gelehrten auf verschiedenen Gebieten der SOE-Forschung. Er stelle sich dem Thema auf beeindruckende Weise und auf unterschiedlichen

Ebenen:

1. Erforschung des Charakters und der Dimension des Klimawandels in SOE und der Adaption an denselben;
2. Besonderes Engagement bei der Bildung des öffentlichen und politischen Bewusstseins über den Klimawandel. *Đurđević* kommuniziert dabei, dass alle gemeinsam etwas tun müssen;
3. *Đurđević* trägt mit seinem umfassenden Wissen zur Erarbeitung von Strategien bei. Es geht ihm um das Erreichen einer klimaneutralen Wirtschaft in SOE.

Der Bedarf an fachlicher Expertise in SOE sei groß, so *Sarrazin*. Im November 2020 wurde auf dem Westbalkan-Gipfel in Sofia die komplette Dekarbonisierung der Wirtschaft in der Region mit dem Zeithorizont 2050 beschlossen. *Đurđević* trägt dieses Thema – auch in Zeiten von Corona – regelmäßig in die Gesellschaft. Für seine Verdienste wird ihm die „Konstantin-Jireček-Medaille für besondere Leistungen in der Südosteuropa-Forschung“ verliehen. *Manuel Sarrazin* verlas die Urkunde und versprach, sie werde dem Wissenschaftler auch per Post zugehen.

Interview mit dem Preisträger Vladimir Đurđević

Anschließend wurde ein Video-Einspieler gezeigt, in dem über die Auswirkungen des Klimawandels in SOE, vor allem in Serbien, berichtet wurde. Daran anschließend folgte ein Interview mit dem Preisträger, welches Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, vorab über eine Online-Schaltung auf Englisch mit *Vladimir Đurđević* geführt hatte. Wie seine spontane Reaktion auf die Ehrung gewesen sei, fragte *Brey*. Er habe sich besonders geehrt gefühlt, da die Konstantin-Jireček-Medaille ja in der Regel an Geisteswissenschaftler*innen verliehen werde; somit habe er als Naturwissenschaftler nie mit einer solchen Auszeichnung gerechnet, antwortete *Đurđević*.

Im weiteren Interview bezog *Brey* sich auf die drei Ebenen der Arbeit von *Đurđević*, wie sie *Sarrazin* angeführt hatte, und wollte wissen, welche Hauptprobleme mit dem Klimawandel in SOE einhergehen. *Đurđević* antwortete, dass ein Teil der Region bereits jetzt sehr mit anstei-

genden Temperaturen zu kämpfen habe. In einigen Gegenden sei es sehr trocken. In Belgrad spräche man bereits von „tropischen Nächten“: Die Luft kühle sich des Nachts kaum noch ab. Das sei sehr anstrengend für die Menschen und auch ungesund. Es sei einer der höchsten Temperaturanstiege in Europa. Auch die schweren Überschwemmungen, die andere Gegenden in SOE seit ein paar Jahren regelmäßig heimsuchten, seien ein deutliches Zeichen des Klimawandels.

Auf die Frage von *Brey*, ob die Menschen in der Region sich des Problems denn bewusst seien, sagte *Đurđević*, dass die Menschen noch kein großes Bewusstsein für den Klimawandel entwickelt hätten, wie diejenigen in westlichen Ländern wie Deutschland. Die Menschen in Serbien und SOE merkten, dass etwas vor sich gehe, was sie mit ihren eigenen Augen sehen könnten. Es gäbe zahlreiche Veränderungen, aber die Menschen seien noch nicht bereit, etwas dagegen zu unternehmen. Sie soweit zu bringen, würde noch viel Aufklärungsarbeit und große Anstrengungen erfordern. Sie müssten erst verstehen, wie sie jetzt und in Zukunft auf die Bedrohung reagieren müssten. Vor allem müssten sie wissen, was sie durch den Klimawandel in der Zukunft erwarte.

Hier sieht er seine Aufgabe. Je mehr Menschen Bescheid wüssten, desto besser werde die Zukunft sein, so *Đurđević*. Er veröffentliche Aufsätze, betreibe Forschung, versuche zu erklären. Der Klimawandel geschehe zum ersten Mal in der Geschichte, alles sei absolut neu. Verlässliche Daten würden den Menschen helfen zu verstehen. „Die Aufgabe von Wissenschaft ist es, ihre Forschung den Menschen zu präsentieren und zu erklären und sie so zum Handeln zu bringen“, sagte *Đurđević*. Die Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens von 2015 müssten unbedingt erreicht werden.

Abschließend würdigte *Hansjörg Brey*, dass *Đurđević* ein gutes Beispiel dafür sei, wie ein Naturwissenschaftler eine Änderung in der politischen Haltung und in der Politik seines Landes und der Region bewirken könne. *Brey* kündigte an, dass *Đurđević* live in der abschließenden Diskussionsrunde auftreten werde.

Verleihung des Journalistenpreises der SOG

Nach einer zehnmütigen Pause ging es weiter mit dem diesjährigen Preisträger des Journalistenpreises der SOG, *Keno Verseck*, geboren 1967. Er arbeitet seit 1991 als freiberuflicher Journalist mit Schwerpunkt Mittel- und Südosteuropa. Von 1991 bis 2000 war er als Korrespondent in Ungarn und Rumänien tätig. Seit 2000 unternimmt er regelmäßige Recherchereisen nach Mittel- und Südosteuropa. Er arbeitet für zahlreiche renommierte Medien, darunter Printmedien, Hörfunk, TV und Onlinemedien. Verseck berichtet aus fast allen Ländern im Zuständigkeitsbereich der SOG. Er lebt in Berlin.

Die Preisverleihung und das Interview mit dem Preisträger erfolgte durch *Manuel Sarrazin*. *Keno Verseck* könne anders berichten als die meisten seiner Kolleg*innen, sagte Sarrazin, denn er spreche sowohl Ungarisch als auch Rumänisch und brauche keine Übersetzungen, durch die vieles verloren gehe. Verseck sei Kenner von nationalen Minderheiten in der gesamten Region. Er habe gut recherchierte Filme, Bücher und unabhängige Analysen erstellt. Seine Arbeiten seien hintergründig und empathisch, nie langweilig.

Sarrazin hob hervor, dass *Verseck* auch als Wissenschaftsjournalist tätig gewesen sei und über Raumfahrt und Astrophysik berichtet habe. Er sei vielseitig interessiert, unabhängig und immer unterwegs mit dem Ziel, uns die Menschen aus der Region SOE näherzubringen. Seinen menschlichen Blick habe er auch als Profi im Journalismus behalten. Verseck fordere, so Sarrazin, dass die Menschen aus der Region einen Dialog in Augenhöhe mit uns verdient hätten. In dieser Hinsicht sieht *Sarrazin* eine tiefe Verbindung zwischen den Arbeiten Versecks und der Aufgabe der SOG. Sarrazin sagte, Verseck berichte zwar auch kritisch, trage die Menschen in SOE aber in seinem Herzen und wolle sie auch in unsere Köpfe und Herzen hineintragen. Menschen wie ihn, welche die ganze Palette an Themen aus der Region abdecken könnten, seien sehr wichtig für Südosteuropa. *Keno Verseck* sei ein sehr würdiger Preisträger, sagte Sarrazin bei der virtuellen Verleihung des diesjährigen Journalistenpreises der SOG.

Interview mit dem Preisträger Keno Verseck

Als erstes wollte *Manuel Sarrazin* wissen, wie Verseck, der zu DDR-Zeiten in Mecklenburg-Vorpommern geboren wurde, sein Interesse für Südosteuropa entdeckt hat. *Verseck* erzählte, dass sein Stiefvater gebürtiger Bulgare sei. Schon als Kind sei Verseck mit der ganzen Familie nach Bulgarien gereist und habe auf den langen Autofahrten die anderen Länder SOEs durchkreuzt und kennen gelernt. Er habe eine Faszination für die Region entwickelt, die im Falle des bettelarmen Rumäniens allerdings eine negative gewesen sei.

Die Erlebnisse in Rumänien seien damals prägend für den jungen Verseck gewesen. Der Stiefvater packte immer bestimmte Sorten an Kaffee und Zigaretten für die Durchreise ein, anders hätte er nicht einmal Benzin für die Weiterfahrt bekommen. Heute sei Verseck ein Liebhaber des Landes. Er habe lange dort gelebt, spreche die Sprache, habe ein Buch über das Land geschrieben. In Bulgarien wiederum sei er als Kind das erste Mal mit Rassismus gegenüber Roma konfrontiert worden. Auch in der Familie des Stiefvaters sei gegen diese Menschen gehetzt worden, und schon als Kind habe er dies nie verstanden und darüber diskutieren wollen.

Auf die Frage *Sarrazins*, was sich in der Region bis heute am meisten verändert habe, sagte *Verseck*, die Tendenz gehe eindeutig zum Positiven hin. Bei seinen ersten Besuchen sei alles sehr arm, grau und heruntergekommen gewesen. Der Zustand der Infrastruktur und der allgemeinen Lebensqualität habe einen gigantischen Schritt zum Besseren hin gemacht, das hätte sich damals niemand träumen lassen. Die Länder seien von Diktaturen hin zur Demokratie aufgebrochen. In den allermeisten Ländern der Region sei schon viel erreicht worden, wovon man vor 35 Jahren nicht gewagt hätte zu träumen.

Allerdings müsse man zu einer kritischen Einschätzung kommen, wenn man betrachte, was die Länder selbst alles unterschrieben hätten – Beitrittsverhandlungen mit der EU oder das Pariser Klimaschutzübereinkommen etwa. Was autoritäre und korrupte Regierungen davon umsetzen und die Zustände in diesen Ländern zu beschreiben, das mache einen Großteil sei-

ner Arbeit aus. Paradoxerweise sei 2020 trotz Corona ein positives Jahr für Südosteuropa gewesen, weil in einigen Ländern nach langer Zeit korrupte oder autokratische Regierungen abgewählt worden seien. *Verseck* setze sich dafür ein, dass auf solche positiven Entwicklungen in der Region viel mehr Augenmerk gerichtet werden muss: Südosteuropäer seien „nicht nur die Hanseln, die unseren Spargel pflücken oder bei uns als Pflegerinnen und Pfleger arbeiten“, sagte er und forderte, diesen Menschen auf „gleicher Ebene“ zu begegnen.

Sarrazin merkte an, dass *Verseck* mit seiner sehr kritischen Berichterstattung manchmal schon als nervig empfunden würde. Was sage er zu dieser Einschätzung? – Er könne selbst nicht einschätzen, ob er nervig sei oder nicht, antwortete *Verseck*. Aber er müsse immer wieder darauf pochen, dass man die Staaten in SOE als gleichrangig betrachten müsse. Das habe auch mit seiner eigenen Vergangenheit in einem totalitären System zu tun, welche seine Identität geprägt habe. „Es tut mir persönlich weh, wie hier über Rumänien, über Roma geredet wird. Und selbst über die Ungarn. Man muss Ungarn trennen von Orbán. [...] Das sind nicht alles Nazis dort – nein, im Gegenteil, die meisten Leute sind nicht zufrieden mit dem, was Orbán da in den letzten zehn Jahren gemacht hat“, sagte er.

Über Ungarn müsse man noch einmal gesondert sprechen, wenn man mit Keno *Verseck* rede, sagte *Manuel Sarrazin*. Denn er sei ja im gleichen Alter wie Orbán und habe eine Zeit lang, als er in Ungarn lebte, ebenfalls anti-kommunistische Politik gemacht. Ja, sagt *Verseck*, er sei ein aufmüpfiger Jugendlicher gewesen und habe damals linke antiautoritär-sozialistische Aktivist*innen kennengelernt, vermutlich sei er damals auch mit Viktor Orbán zusammen auf Demos gewesen. Was sie aber grundsätzlich unterscheidet: „Ich bin kein Politiker und wollte nie einer werden. Ich wollte schreiben und Journalist werden. Ich wollte in Osteuropa Korrespondent werden, für eine Zeitung, am liebsten für die taz, was ich dann auch geworden bin“. Viktor Orbán, so *Verseck*, wollte Politiker werden und vor allem die Nummer Eins. Das sei so dominant für ihn gewesen, dass er dann frühzeitig eine andere politische Linie eingeschlagen ha-

be, von der er glaubte, dass sie ihm hilfreich auf diesem Weg sei, sagte *Verseck*.

Die Südosteuropa-Gesellschaft vertrete sozusagen SOE in Deutschland, sagte *Sarrazin* und fragte *Verseck*, was denn die größte Schwäche Deutschlands im SOE-Raum sei. Das historische Interesse an der Region sei groß, sagte *Verseck*, dies sei positiv. Historisch hätten früher Teile der Region zu Deutschland gehört, es gebe historische Verbindungen über das Habsburgerreich und bis heute deutsche Minderheiten in Süd- und Mittelosteuropa. Deshalb wisse man in Deutschland mehr über diese Gegend als in anderen Ländern Europas. Berlin sei quasi die Hauptstadt von SOE und MOE in Europa, er freue sich immer, wenn er in Bus oder Bahn die Sprachen höre und spräche die Menschen oft an. Politisch gesehen, so fuhr *Verseck* fort, sei das Interesse an der Region doch oft sehr von Eigeninteressen geleitet. Nach außen verkünde die Diplomatie, dass sie zum Anschluss an oder zur Integration in die EU beitragen wolle, zur Verankerung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Leider müsse er sagen, dass dies in der praktischen Politik kaum umgesetzt werde.

Die Haltung der Diplomatie zu Ungarn sei bestimmt von den Interessen deutscher Autokonzerne; deutsche Rüstungskonzerne würden dort ebenfalls gut verkaufen, sagte *Verseck*. Er wünsche sich, dass hinsichtlich von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Entwicklung der Zivilgesellschaft besonders in den westlichen Balkanländern mehr passieren würde und fände es schade, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel es nicht geschafft hat, sich bei ihren Reisen auch mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu treffen. *Verseck* bezeichnete dies als „Versagen oder bewusstes Nichtstun“. Dabei trügen SOE und besonders der Westbalkan viel für die deutsche Wirtschaft bei: IT-Leute, Pflegepersonal, Ärzte – wenn man betrachte, wie diese Leute zu unserem BIP beitragen, verstehe man, so *Verseck*, wie entwürdigend die Diskussion über Armutszuwanderung aus der Region sei. Dies sei nur ein ganz geringer Teil der Zuwanderung aus SOE nach Deutschland.

Sarrazin dankte *Verseck* für das Interview und sagte, er sei „im besten Sinne ein Lobbyist für

SOE in Deutschland“. *Verseck* seinerseits bedankte sich für die „unerwartete Ehre“, dass er mit seinen kritischen Gedanken mit diesem Preis ausgezeichnet worden sei. Sein Dank gehe auch an seine Kolleg*innen etwa beim Spiegel und der Deutschen Welle. Man diskutiere ja über Texte und entwickle sie gemeinsam, es sei also ein gemeinschaftlicher Verdienst.

Podiumsdiskussion: „Jenseits der Pandemie: Der Klimawandel, seine Folgen und seine Bekämpfung als Herausforderung für die Staaten des Westlichen Balkans“

Die Podiumsdiskussion war das einzige Live-Element der digitalen Jahreshauptversammlung 2021. Alle anderen Beiträge waren vorproduziert. Moderator *Manuel Sarrazin* wechselte ins Englische und führte in das Thema ein: Im November 2020 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Westbalkan-Staaten mit der sogenannten „Sofia Declaration“ auf ambitionierte Ziele im Rahmen einer „Green Agenda for the Western Balkans“ festgelegt. Im Sinne des „Green Deal“ der Europäischen Union geht es um die Erreichung einer kompletten Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Die Dekarbonisierung zur Eindämmung der globalen Erwärmung fordert einen radikalen Politikwechsel, etwa im Sinne einer grundlegenden Energie- und von Seiten der EU werden für diese Zielsetzung umfassende Mittel zur Verfügung gestellt – doch wie können die anspruchsvollen Politikziele in der Region implementiert werden?

Über bestehende Herausforderungen und notwendige Schritte zur Erreichung der gesteckten Ziele diskutierten im Folgenden führende Expertinnen und Experten aus Think Tanks, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. *Sarrazin* stellte vorab die Diskussionsleiterin *Sonja Risteska* vor. Sie ist Projektmanagerin Südosteuropa bei der Berliner Denkfabrik „Agora Energiewende“.

In ihrer Keynote sprach *Risteska* darüber, wie die „Balkan Green Agenda“ umgesetzt werden könnte. Es sei eine Chance, wie man sie nur einmal im Leben bekäme, um die Wirtschaft von Grund auf umzugestalten. Derzeit seien jedoch viele der Staaten auf dem Westbalkan noch zu einem großen Teil von Braunkohle abhängig. Jedoch: Um das Klima-Zwischenziel bis 2030 (Senkung des CO₂-Ausstoßes um 55 Prozent) zu erreichen, müsse selbst die EU in den kommenden zehn Jahren den CO₂-Ausstoß so viel reduzieren, wie in den vorangegangenen 30 Jahren zusammen. Die beste Möglichkeit dazu sei, den Energiesektor so schnell wie möglich zu de-karbonisieren. Aber ist für die Länder des Westbalkans ein Green Deal überhaupt machbar, wenn man berücksichtigt, dass derzeit beispielsweise Kosovo zu 95 Prozent, Serbien zu über 70 Prozent und Bosnien und Herzegowina zu rund 65 Prozent von ihren zu meist veralteten Kohlekraftwerken abhängig sind?

Strom wird international an Strombörsen gehandelt, sagte *Risteska*. Auch die SOE-Länder nehmen an diesem Handel teil. In 2019 wurden rund 6,2 Terawattstunden (TWh) Strom aus Westbalkan-Ländern an europäischen Strombörsen gehandelt. Davon kamen aus Bosnien und Herzegowina 0,7 TWh, aus Nordmazedonien zwei TWh und aus Serbien 3,5 TWh. Wettbewerbsverzerrend wirkt an den Börsen allerdings, dass es in den sechs Westbalkan-Staaten keine CO₂-Steuer gibt, die die Kraftwerksbetreiber auf ihren „schmutzigen“ Strom zahlen müssen. Als Anreiz zur Umsetzung der Klimaziele und als Wettbewerbsausgleich wird eine Grenzausgleichsmaßnahme (engl. Border Carbon Adjustment, BCA) erhoben.⁶ Aber auch schon ohne BCA werden beispielsweise aktuell geplante Braunkohlekraftwerke in Bosnien und Herzegowina nicht profitabel sein, schätzte *Risteska*.

6 Grenzausgleichsmaßnahmen (engl. Border Carbon Adjustment BCA) sollen zwei zentrale Herausforderungen angehen: den Schutz der EU-Industrie vor unlauterem Wettbewerb und das Vorantreiben der großflächigen Einführung einer effektiven CO₂-Abgabe. Beim Handel mit Regionen mit niedrigeren oder gar keinen CO₂-Preisen werden importierte Waren mit einer CO₂-Anpassungsgebühr auf der Grundlage ihres CO₂-Fußabdrucks belastet, und aus der EU exportierte Waren erhalten eine Rückerstattung. Dies schafft einen fairen internationalen Markt und verhindert die Abwanderung von Industriezweigen in weniger umweltfreundliche Länder – ein Effekt, der als „Leakage“ bekannt ist. EU-Unternehmen können dann unter vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen mit ihren internationalen Wettbewerbern konkurrieren. Quelle: <https://citizensclimateinitiative.eu/de/border-carbon-adjustment/>

Die Green Agenda für den westlichen Balkan soll die Region klimafreundlicher machen und eine Annäherung an die EU erleichtern. Die Szenarien für Investitionen im Energiebereich werden voraussichtlich neun Milliarden Euro betragen – kein so großer Anteil an den gesamten Fördermitteln, die die EU bis 2050 für den Westbalkan zur Verfügung stellen wird. Aber, so fragte *Risteska*, wie kann die Balkan Green Agenda gelingen?

Als erstes antwortete Dr. *Dirk Buschle*, Stellvertretender Direktor des Energy Community Sekretariat in Wien, und forderte eine Steuerungsperspektive. Die Westbalkan-Staaten sollten näher an die EU herangebracht werden. Wir exportierten vor allem Europäisches Recht in die Region. Der gesamte Green Deal bewirke eine so massive Umgestaltung unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaften, dass eine tiefe Spaltung entstehen werde (auch ohne Einführung eines BCA in den Westbalkan-Staaten), wenn die EU nicht auch in die energetische Infrastruktur der Region investiere. Russland und die USA seien bereits sehr aktiv im Gasmarkt auf dem Westbalkan. Den Ausstieg aus der Braunkohle könne der dortige Markt nicht allein schaffen. Kohle müsse dennoch unbedingt mit CO₂-Steuer belegt und verteuert werden, um zur Investition in andere Energieträger zu motivieren.

Auch für die EU sei der Green Deal nicht umsonst zu haben, aber man hätte den Preis deutlich reduzieren können. Warum hat es so lange gedauert?, fragte *Buschle*. Im Jahr 2021 müssten wir uns nun die „ganz oder gar nicht“-Frage stellen. Warum haben wir die Region nicht nach und nach zusammen mit der EU auf den Weg gebracht und sie mit dem Konzept der Energiewende vertraut gemacht? Vielleicht waren wir auf uns selbst fixiert, weil die EU sich ihrerseits für den Green Deal fit machen musste. Jetzt müssten wir stattdessen Zeitdruck und hohe Kosten in Kauf nehmen. Corona, so *Buschle*, hat uns beim Erreichen der Klimaziele ein Stück weit geholfen. Der BCA sei nicht die beste Lösung. Wir sollten den CO₂-Preis insgesamt hoch machen. Er sei zuversichtlich, dass die EU jetzt sehr aktiv wird. Die Partner-Organisationen vom Westbalkan und aus SOE sollten an Bord geholt werden, der Green Deal sollte gemeinsam angegangen werden.

An *Dajana Berisha* stellte Sonja Risteska die Frage, ob zivilgesellschaftliche Organisationen den Ländern auf dem Westbalkan dabei helfen könnten, die enormen Herausforderungen zu meistern, die in den nächsten Jahren auf sie zukommen werden. *Berisha* ist Direktorin des „Forum for Civic Initiatives / Environment Initiative and Local Development“ in Kosovo. Man brauche eine bessere Kooperation zwischen den Ländern und einzelnen Sektoren, sagte *Berisha*. Die Green Agenda müsse das Hauptthema auf allen Konferenzen mit und in den Ländern des Westbalkans sein. Angefangen mit Kosovo, wo Anfang 2021 eine neue Regierung gewählt wurde. Die Lage sei fragil, so *Berisha*, aber sie sei optimistisch, dass die neue Regierung den Klimawandel ernsthaft angehen wird und die Green Agenda ganz oben auf die Tagesordnung setzt. Wobei einzelnen Politiker*innen immer noch auf fossile Energien setzten. Hierbei könnten zivilgesellschaftliche Organisationen helfen, indem sie diese Einzelpersonen, aber auch die Öffentlichkeit informieren und weiterbilden.

Albanien, so *Berisha*, habe eine hohe Migration, die Industrie liege darnieder. Trotz allem müsse die Green Agenda angeschoben werden. In den Nachbarländern habe man schon begonnen: Nordmazedonien habe bereits den BCA eingeführt. Montenegro habe gerade eine neue Regierung, da müsse man abwarten. Beim Übergang in die Klimaneutralität müsse man die alten Oligarchen im Auge behalten. Sie hätten die fossilen Energien beherrscht, sie sollten jetzt nicht auch die erneuerbaren Energien dominieren. Ein umfassender Mechanismus der finanziellen Förderung durch die EU sei notwendig.

Als nächstes sprach Ass.-Prof. *Vladimir Đurđević*, Klimatologe an der Universität Belgrad. „Wir müssen unsere Energieversorgung umstellen“, sagte er. Das Wichtigste sei: Es müsse endlich gehandelt werden. Und das habe die Gesellschaft noch nie machen müssen. Der Klimawandel begegne der Menschheit zum ersten Mal. Es ist kompliziert, sagte *Đurđević*, wir dürfen keine falschen Entscheidungen treffen. Am härtesten wird die „letzte Meile“ des Ausstiegs sein, wenn zwischen 2030 und 2050 die CO₂-Emissionen auf Null gesenkt werden müssen.

Selbst wenn der gesamte Westbalkan bis 2050 aus der Kohle aussteigt, so *Đurđević*, wird sich das Klima in dieser vom Klimawandel am härtesten betroffenen Region Europas um mindestens ein Grad in den nächsten zwei Dekaden erwärmen.⁷ Wir müssen darüber reden und vor allem handeln. Wenn wir in den nächsten Jahren nichts machen, haben wir weniger Zeit, uns an den Klimawandel anzupassen. An die jetzt schon auftretenden extremen Dürreperioden oder auch Starkregenereignisse mit Überschwemmungen. Aber wir brauchen Zeit, um auch Dinge auszuprobieren, sagte *Đurđević*. Wir dürften keine falschen Entscheidungen treffen, wie vor allem Zeitdruck sie verursacht. Wir bräuchten mutige Veränderungen, keine kosmetischen.

Hier schob *Sonja Risteska* zwei kurze Umfragen ein. Alle Teilnehmenden konnten die Antworten über ihren Bildschirm eingeben. Ergebnisse: Ein Drittel hat vorher noch nichts von der „Green Agenda for the Western Balkans“ gehört. Die strategischen Ziele „Bekämpfung von Corona“ und „Bekämpfung von Klimawandel und Umweltverschmutzung“ sahen knapp vierzig Prozent als gleichwertig an, etwas über dreißig Prozent erachteten den Kampf gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung als oberste Priorität.

Sonja Risteska gab als nächstes die erste Zuschauerfrage weiter: Ob es noch Sinn mache, auf dem Westbalkan weiterhin in Gas-Infrastruktur zu investieren? *Dirk Buschle* antwortete, das könne man nicht so einfach beantworten. Auf dem westlichen Balkan habe Gas das Potenzial, die Kohle zu ersetzen. Aber bis 2050 solle auch kein Gas mehr für die Energiegewinnung eingesetzt werden. In der EU habe bereits ein Boom bei der Planung von Energiegewinnung durch Wasserstoff eingesetzt. Die Infrastruktur für diese Verfahren müsse auch auf dem Westbalkan geschaffen werden. Über 90 Prozent der Kraftwerke in Kosovo müssten bis 2050 ersetzt werden, denn das Land verlasse sich fast gänzlich auf Kohle.

Danach gab *Risteska* eine weitere Frage der Teilnehmenden an das Panel weiter: Derzeit

werden viele Unternehmungen auf dem Westbalkan von China aus finanziert. Dabei werden keinerlei Umweltauflagen berücksichtigt. Wie kann die EU ihrerseits eine ökologische Finanzierung erhöhen? *Vladimir Đurđević* sagte, die chinesischen Investitionen kämen vorrangig der Schwerindustrie zugute, den Kupferminen und anderen Unternehmen. Die hohe Luftverschmutzung in Serbien ließe die Menschen jedoch begreifen, dass diese Investitionen nicht ohne Preis zu ihnen kommen. Die chinesischen Betriebe wollten (und müssten) keine Umweltauflagen erfüllen. „Wir opfern unsere Umwelt, wenn wir alles aus China kritiklos annehmen“, sagte *Đurđević*. Es sei ein kleiner Schritt, aber ein wichtiger: Diese Zusammenhänge zu begreifen und in der Folge anders zu handeln. Bereits jetzt machten zahlreiche NGOs darauf aufmerksam, wie derzeit das Klima und die Umwelt in Serbien durch die Industrie gefährdet werden.

Dirk Buschle vertrat den Standpunkt, China müsse in diesem Zusammenhang entdämonisiert werden. Chinesische Investitionen in Kohle seien nur möglich in Kooperation mit dem Gastland. Man müsse CO₂ allerdings bepreisen, aber das machten die Staaten auf dem Westbalkan nicht. Auch chinesische Investitionen seien willkommen, aber sie müssten den europäischen Regeln gehorchen. Darauf müssten die Gastländer achten. Dies geschehe derzeit aber nicht, und auch die EU würde sich nicht wirklich darum kümmern.

Haben Sie den Eindruck, dass die Politik in der Region darauf achtet, woher das Geld kommt und zu welchen Bedingungen?, gab *Risteska* eine dritte Frage aus dem Online-Publikum weiter. *Dajana Berisha* antwortete, dass die Politiker zwar in der Öffentlichkeit sagten: Ja, wir wollen uns an die EU-Standards halten, niemand wisse jedoch, was hinter geschlossenen Türen wirklich verhandelt würde. Die Zivilgesellschaft werde nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Sie habe ja bereits von den Oligarchen im Energiesektor gesprochen, und diese würden auch in den erneuerbaren Energien ihren Einfluss geltend machen wollen. Der ganze Prozess sei sehr intransparent. Zugleich

7 S. dazu auch <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020SC0223>

wisse niemand, was beispielsweise bei den Gas-Investitionen in Kosovo verhandelt werde.

Wie kann man den politischen Willen stärken?, lautete eine weitere Frage aus dem Kreis der Teilnehmenden. *Đurđević* sagte, dass er nicht sähe, dass die Maßnahmen gegen den Klimawandel in der Region umgesetzt würden. Die Anpassung an den Klimawandel sollte jedoch Teil von politischen Strategien und der Gesetzgebung sein. Das serbische Parlament wolle in Kürze ein Gesetz zum Reduzieren von Emissionen verabschieden. *Đurđević* sagte, dass jedes Projekt in jeder Gemeinde, jedes Dokument auch eine Klima-Analyse beinhalten müsse. Viele Schnellstraßen wurden in Serbien gebaut, aber bei keinem einzigen dieser Projekte habe eine Klima-Analyse eine Rolle gespielt. Kein Gedanke daran, welche Auswirkungen der Bau dieser Straße in Zukunft haben wird.

Đurđević sagte, er möge es nicht, wenn sich jetzt alle Augen auf das Jahr 2030 richteten, den Zeitpunkt, zu dem schon bestimmte Ziele in der Energiewende erreicht werden sollen. Wir sollten natürlich versuchen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Aber es sei demotivierend zu sagen: Wenn wir das nicht schaffen, ist sowieso alles zu spät. Wir hätten nur die Möglichkeit, es so gut wie möglich zu versuchen, sagte er.

Eine weitere Frage aus dem Online-Publikum betraf die Energieeffizienz im Bausektor und wie der Fonds der Green Agenda für bessere Wärmedämmung und effektivere Heizung umgewidmet werden könne. *Sonja Risteska* sprach in diesem Zusammenhang auch die „Energy poverty“ an, also Energie, die durch marode Anlagen oder zugige Gemäuer verschwendet wird und bezahlt werden muss, obwohl sie überhaupt nicht benötigt wird.

Buschle sagte, dies sei nicht so einfach zu implementieren, denn es bedürfe einer vernünftigen Steuerung, bei Mehrfamilienhäusern auch einer gesetzlichen Regelung zwischen Vermietern und Mietern, die oft nicht oder in schlechter Form vorhanden sei. Die EU werde eine Sanierungswelle auf dem Westbalkan finanzieren. Es gäbe jedoch viele Bereiche, die nicht ausreichend untersucht würden. Energieeffizienz

beim Wohnungsbau gehöre dazu. Die Isolierung der Gebäude sei wichtig. Aber wenn die Energiekosten gering seien, habe man keinen Anreiz, in eine Dämmung zu investieren. Und ein weiteres Problem, das hier eine Rolle spiele, sei die oben von *Risteska* erwähnte gesellschaftlich bedingte „Energy Poverty“. Die Preise zu senken, wie es derzeit in der Region oft gehandhabt werde, damit die Mieter*innen ihre Energie-Rechnungen bezahlen könnten, sei nicht zielführend, denn dies sei kein Anreiz für Investitionen in die Energie-Effizienz von Gebäuden oder Anlagen. Man sei in einem Teufelskreis gefangen, und die 100-Millionen-Dollar-Frage sei, wie man ihn durchbrechen und die Kontrolle zurückgewinnen könne.

Berisha berichtete über eine der am meisten verschmutzten Gegenden in Kosovo, wo die Fassaden der Gebäude bereits marode seien. Eine NGO hätte 2013 Geldgeber an Land gezogen, die finanzieren wollten, dass diese Gebäude energetisch saniert werden. Um zu zeigen, dass so etwas möglich ist. Der Bürgermeister sagte nein, er würde das Gebäude lieber abreißen und dort einen städtischen Park anlegen. Die Einwohner würden in anderen städtischen Unterkünften untergebracht. Bis heute sei nichts von alledem passiert, sagte *Berisha*. Es gebe keinen Park, das Gebäude stehe immer noch, die Menschen lebten dort unter entsetzlichen Bedingungen. Dieses Beispiel zeige, wie schwierig es sei, Politiker*innen auf Energiefragen anzusprechen und sie zum Handeln zu motivieren. Auch Bauherren seien kaum zu überzeugen, dass es für das Klima (und auch für eine günstige Heizkostenabrechnung) ungeheuer wichtig sei, ihre Neubauten gut zu isolieren. Ein Implementierungs- und Monitoringprozess von Energieeffizienz von Gebäuden sei daher wichtig. Er müsse mit der Aufklärung der Bevölkerung in dieser Frage einhergehen.

Risteska sagte, all die Anstrengungen bei Energiewende und Umweltauflagen dienen ja am Ende den Bürger*innen. Geringere Kosten für Energie und eine sauberere Umwelt wären das Ergebnis. Um vorzubeugen, dass bei den vielen Fördergeldern die Korruption erblühe, sollte man auch Sozio-Ökologen in den Prozess einbinden.

Der Kampf gegen die Korruption sei sehr schwierig, sagte *Đurđević*. Wenn die Zeit knapp sei und man möglichst schnell handeln müsse, sei man wirtschaftlich in einer schwierigen Situation. Diese öffne Tür und Tor für Korruption, denn man fände kaum die Zeit, sich um dieses Übel zu kümmern. Gerade auf dem Westbalkan, wo man sehr „erfahren“ in Korruption sei, sei die Gefahr groß. In Serbien adaptiere man derzeit ein Gesetz zu erneuerbaren Energien. Außerdem sollen Strombörsen zur Auktion von Strom eingerichtet werden. Niemand könne sagen, wie diese Auktionen aussehen werden. Aber gerade im Stromhandel müsse man sich der Gefahr von Korruption bewusst sein, so wie auch im gesamten Transformationsprozess des Energiesektors.

Buschle fügte hinzu: „Wir brauchen mehr Transparenz, eine Strategie“. Er glaube an Auktionen, um die Transparenz des Prozesses zu erhöhen. Es wird Konzentration geben, sagte er, zugunsten der großen Unternehmen. Die große Menge an Fördergeldern ließe sich aber umlenken, beispielsweise durch dezentralisierte Quellen erneuerbarer Energie, etwa durch Solarpanels auf jedem Dach. So könne man das Geld lenken, damit es sich nicht bei einzelnen Unternehmen anhäuft.

Risteska bedankte sich bei den Teilnehmer*innen des Panels und sprach ihnen ihren Dank aus – auch dafür, dass sie jeden Tag hart an diesen Themen arbeiten.

Schlusswort

Manuel Sarrazin bedankte sich ebenfalls bei den Expert*innen des Panels. Wer die Macht

über die erneuerbaren Energien haben sollte, sei eine große Frage, auch in Deutschland. Viele Menschen profitierten davon. Oligarchische Strukturen gäbe es in diesem Zusammenhang aber auch in Deutschland. Auch Deutschland müsse seine Hausaufgaben machen.

Sarrazin sagte, die gegenwärtige Pandemie habe große Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Südosteuropa. Keinerlei Reisen fänden statt, die gute und ständige Kommunikation durch persönliche Treffen gehe verloren. Nebenabsprachen auf dem Flur oder bei einem Kaffee fielen weg. Ein Vertrauensverhältnis sei in Video-Konferenzen nicht so leicht aufrechtzuerhalten. Vieles gerate durch eigene, pandemiebedingte Probleme in den Hintergrund. Deshalb sei der Auftrag der SOG wichtiger denn je.

Im universitären Bereich sei die Lage ebenfalls schwierig, weil Nachwuchstagungen und somit die Gespräche von Promovierenden oder Habilitanden untereinander nicht stattfinden könnten. „Wir von der Südosteuropa-Gesellschaft wollen uns dem annehmen“, versprach *Sarrazin*. Egal, wie die Bundestagswahl im Herbst 2021 ausgehe: Auf jeden Fall werde die SOG ihre Arbeit fortsetzen und an Stellen, wo noch mehr herauskommen könnte für die Region, dies auch ansprechen. „Wie sind als Südosteuropa-Gesellschaft Ansprechpartnerin der Politik und haben das auch in der Pandemie aufrechterhalten“, sagte er. Er bedankte sich bei allen Teilnehmenden. Damit endete die Jahreshauptversammlung 2021 der SOG ziemlich genau um 19:00 Uhr.